

SITZUNGSVORLAGE

Gremium **Gemeinderat**
öffentlich am 06.11.2017

Drucksache Nr. **2017/247**
Federführung Stadtkämmerei
Sachbearbeiter Yvonne Winder
Stand 23.10.2017
Aktenzeichen 913.69
Mitwirkung

Quartalsbericht der Stadtkämmerei

Beschlussvorschlag
Kenntnisnahme

Sachdarstellung

Kämmereihaushalt:

Haushaltsjahr 2016

Im **Verwaltungshaushalt** haben sich die kassenwirksamen Gesamt-Einnahmen gegenüber den Planzahlen um rund 7,1 Mio. Euro verbessert. Im Einzelnen sind folgende Mehreinnahmen hervor zu heben:

Gewerbesteuer + 5,28 Mio. Euro, Schlüsselzuweisungen +781.000 Euro, Einkommensteueranteil +282.000 Euro, Investitionspauschale +235.000 Euro, Vergnügungssteuer +192.000 Euro, Baugebühren +181.000 Euro, Schullastenausgleich +168.000 Euro, Bestattungsgebühren +137.000 Euro.

Deutlich weniger Einnahmen wurden bei den Nutzungsentschädigungen mit -226.000 Euro, den Mieteinnahmen/Pacht mit -223.000 Euro und den Bußgeldern mit -137.000 Euro erzielt. Das geringe Rechnungsergebnis bei den Nutzungsentschädigungen erklärt sich vor allem dadurch, dass im Jahr 2016 uneinbringliche oder verjährte Forderungen in Höhe von insgesamt ca. 276.000 Euro niedergeschlagen wurden. In der Planung 2016 wurde davon ausgegangen, dass für das gesamte Jahr 2016 verschiedene Gebäude an den Landkreis zur Unterbringung von Flüchtlingen vermietet werden. Die Mietverhältnisse wurden jedoch tatsächlich vom Landkreis früher aufgelöst, wodurch entsprechende Mieteinnahmen fehlen. Zusätzlich wurden auch bei den Mieteinnahmen uneinbringliche oder verjährte Forderungen niedergeschlagen (ca. 27.000 Euro).

Die Ausgaben des Verwaltungshaushalts fallen um rund 807.000 Euro höher aus als erwartet. Die wesentlichen Mehrausgaben erfolgten bei:
Gewerbesteuerumlage +757.000 Euro, Unterhaltung der Grundstücke und Sachanlagen +131.000 Euro.

In einigen Bereichen wurden die planmäßig möglichen Ausgaben nicht in voller Höhe getätigt. Dies sind insbesondere:

Zuschüsse an kirchliche und private Kindergärten -288.000 Euro, Steuern und Geschäftsausgaben -245.000 Euro, Gebäudebewirtschaftung -98.000 Euro.

Gegenüber dem Haushaltsplan hat sich das Ergebnis des Verwaltungshaushalts um ca. 6,3 Mio. Euro verbessert. Somit können anstatt der geplanten 1.138.971 Euro nun 7.432.414 Euro an den Vermögenshaushalt zugeführt werden.

Im **Vermögenshaushalt** haben sich neben der höheren Zuführung vom Verwaltungshaushalt die Einnahmen aus Beiträgen um 469.000 Euro verbessert, sowie die Zuweisungen für Investitionen von Gemeinden um 299.000 Euro.

Allerdings konnten zahlreiche Einnahmen nicht realisiert werden: Veräußerung Anlagevermögen -929.000 Euro und Zuweisungen für Investitionen vom Land -798.000 Euro. Die Zuweisungen konnten nicht abgerufen werden, da die entsprechenden Baumaßnahmen nicht, wie geplant, realisiert werden konnten.

Es wurde keine Kreditaufnahme im Jahr 2017 notwendig. Dadurch fehlen dem Vermögenshaushalt aber weitere 3,6 Mio. Euro Einnahmen.

Durch die hohe Zuführung vom Verwaltungshaushalt konnten insgesamt 1,8 Mio. Euro Mehreinnahmen im Vermögenshaushalt verbucht werden.

Auf der Ausgabenseite wurde eine nicht eingeplante Stammkapitalerhöhung beim Eigenbetrieb Stadtwerke von 1 Mio. Euro notwendig. Bei den Baumaßnahmen wurden insgesamt 164.000 Euro mehr ausgegeben, als geplant.

Geringere Ausgaben wurden in folgenden Bereichen notwendig:

Zuweisungen für Investitionen an private Unternehmen -448.000 Euro, Erwerb von beweglichen Sachen des Anlagevermögens -291.000 Euro und Tilgung von Krediten -133.000 Euro. Die Ausgaben des Vermögenshaushalts lagen insgesamt um 249.402 Euro über den Planansätzen.

Die Entnahme aus der Allgemeinen Rücklage liegt somit bei 392.579 Euro anstatt der geplanten 1.954.109 Euro. Der Stand der Allgemeinen Rücklage sinkt somit auf 7,8 Mio. Euro. Der Stand der städtischen Schulden sinkt auf 3,9 Mio. Euro.

Haushaltsjahr 2017

Die Gewerbesteuer wird im Haushaltsjahr 2017 voraussichtlich wieder die 16 Mio. Euro-Grenze erreichen. Sie liegt damit 3 Mio. Euro über dem Planansatz.

Der Einkommensteueranteil beträgt 2017 voraussichtlich 14,5 Mio. Euro und damit 571.000 Euro mehr als erwartet. Für Nutzungsentschädigungen werden 250.000 Euro mehr erwartet.

Bei den Bußgeldern werden 2017 vermutlich 150.000 Euro weniger eingenommen.

Geringere Ausgaben werden bei den Personalkosten mit Einsparungen von 288.000 Euro erwartet. Dies resultiert vor allem daraus, dass Stellen erst später besetzt oder wiederbesetzt werden konnten. Bei der Gebäudebewirtschaftung können eventuell 135.000 Euro eingespart werden.

Mehrausgaben sind bei der Gebäudeunterhaltung mit 200.000 Euro erwartet und bei den Mieten mit 216.000 Euro. Die Mehrkosten bei den Mieten erklären sich vor allem durch die dringend notwendigen Wohnungen für die Anschlussunterbringung der Flüchtlinge und von obdachlosen Personen.

Die größten Mehrausgaben resultieren aus den hohen Gewerbesteuereinnahmen. Die Gewerbesteuerumlage steigt um 745.000 Euro. Auch die Zahlungen an Amtzell für das gemeinsame Gewerbegebiet ZIG werden um ca. 70.000 Euro höher ausfallen. Für das Jahr 2017 werden einige über- und außerplanmäßige Ausgaben bzw.

Wenigereinnahmen erwartet. Den größten Betrag bilden hierbei Niederschlagungen von nicht mehr einbringbaren Forderungen in Höhe von ca. 340.000 Euro. Die offenen Forderungen sind vor der Einführung der Doppik dringend zu bereinigen.

Es wird eine Zuführung an den Vermögenshaushalt von etwa 3,9 Mio. Euro erwartet. Sie liegt damit um 2,7 Mio. Euro höher als geplant.

Für das Haushaltsjahr 2017 können aufgrund der Einführung der Doppik keine Haushaltsreste gebildet werden. Da im Haushaltsjahr 2016 Reste in Höhe von 12,3 Mio. Euro gebildet wurden, werden nicht alle geplanten Ausgaben in 2017 verbraucht werden können. Dies hat jedoch auch negative Auswirkungen. Auch die Einnahmen, wie Veräußerungen von Anlagevermögen (v.a. Verkäufe von Bauplätzen) und Zuweisungen verzögern sich ebenso.

Es wird davon ausgegangen, dass 2017 folgende geplanten Einnahmen nicht erzielt werden können:

Einnahmen aus Veräußerung von Anlagevermögen -3 Mio. Euro, Zuweisungen für Investitionen von Bund und Land -3,9 Mio. Euro und Kreditaufnahme -2 Mio. Euro.

Somit fehlen trotz der höheren Zuführung vom Verwaltungshaushalt im Vermögenshaushalt ca. 6,2 Mio. Euro.

Zum jetzigen Zeitpunkt ist es schwierig zu sagen, welche Rechnungen für investive Zwecke im Haushaltsjahr 2017 noch verbucht werden können.

Es wird davon ausgegangen, dass in etwa 6,2 Mio. Euro geringere Ausgaben notwendig werden.

Im Haushaltsjahr 2017 sind jedoch noch außerplanmäßige Ausgaben zu erwarten. Hier handelt es sich vor allem um den Übertrag der angesparten Rücklage auf die Landesgartenschau GmbH und um die Ertüchtigung der Aufenthaltsräume im Kindergarten Gottesacker.

Es muss derzeit davon ausgegangen werden, dass zwar erneut auf die Aufnahme eines Kredites verzichtet werden kann, jedoch muss eine höhere Summe aus der Rücklage entnommen werden als geplant.

Haushaltsjahr 2018

Die Planung für den Haushalt 2018 ist in vollem Gange. Es können derzeit noch keine konkreten Zahlen benannt werden. Ein Ausgleich des Haushalts wird aufgrund stark steigender Ausgaben, wie Finanzausgleichsumlage (+941.000 Euro), Kreisumlage (+808.000 Euro trotz Senkung des Umlagesatzes), Personalkosten (+739.000 Euro), sehr schwierig.

Wir verweisen hierzu auf die Drucksache 2017/245.

Auch für das Jahr 2018 und die drei Folgejahre sind wieder sehr viele Investitionen geplant. Es muss derzeit noch geprüft werden, welche Investitionen tatsächlich zeitlich umsetzbar und auch finanzierbar sind.

Der Haushaltsplan 2018 wird am 08.01.2018 mit dem reinen Zahlenwerk eingebracht. In dieser Gemeinderatssitzung werden wir ausschließlich das Thema Haushaltsplan 2018 besprechen. Es findet hier auch die 1. Lesung des Haushalts statt.

Am 29.01.2018 soll die 2. Lesung des Haushalts erfolgen.

Bei den Lesungen soll nicht mehr zwischen den laufenden Kosten (bisher Verwaltungshaushalt, zukünftig Erfolgsplan) und den Investitionen (bisher Vermögenshaushalt, zukünftig Investiver Bereich) unterschieden werden. Die Verwaltung schlägt vor, jeweils einen gesamten Teilhaushalt nach dem anderen zu besprechen.

Am 19.02.2018 soll der Haushaltsplan dann verabschiedet werden. Spätestens zu diesem Termin werden wir Ihnen den gesamten Haushaltsplan mit allen Anlagen vorlegen.

Die Wirtschaftspläne 2018 der beiden Eigenbetriebe sollen am 22.01.2018 verabschiedet werden. Sie werden Ihnen, wie bisher, ca. zwei Wochen vorher zur Vorbereitung übergeben.

Die Eckpunkte für die Eigenbetriebe zu den Haushaltsjahren 2016 und 2017 werden wir Ihnen in der Sitzung erläutern. .

Finanzielle Auswirkungen

Siehe Sachdarstellung

Anlagen